

Gerede von Liberalisierung der Berufsverbote ist Unsinn

aus "Unsere Zeit"
6.4.79

Rede des Postbeamten Hans Peter auf der Demonstration

In einer machtvollen Demonstration brachten am vergangenen Samstag Zehntausende Bürger in einer demokratischen Aktion ihren Protest gegen die Politik der Bundestagsparteien zum Ausdruck. In Bonn demonstrierten 35 000 gegen die verfas-

sungswidrigen Berufsverbote. Nachstehend veröffentlicht die UZ leicht gekürzt die Rede, die der Stuttgarter technische Fernmeldehauptsekretär Hans Peter auf einer der drei Auftaktkundgebungen gegen die Berufsverbote in Bonn hielt:

Ich bin Hans Peter aus Stuttgart, 48 Jahre alt, technischer Fernmeldehauptsekretär, 28 Jahre bei der Post, davon 20 Jahre als Beamter auf Lebenszeit, seit 1947 Mitglied der Gewerkschaft.

Meine Tätigkeit bei der Post war bis zu meiner Strafversetzung am 13. November letzten Jahres Innenaufsicht in einer Entstörungsstelle beim Fernmeldeamt 3 in Stuttgart. Ich beaufsichtigte die Störungsannahmekartei und -statistik. Diese Tätigkeit verrichtete ich über fünf Jahre, und meine Leistungen wurden mit „gut“ beurteilt. Inzwischen wurde ich wegen meiner politischen Überzeugung und als angebliches Sicherheitsrisiko strafversetzt. Jetzt prüfe ich Rechnungen.

Am 17. August 1977 erhielt ich ein Schreiben der Oberpostdirektion, daß aufgrund von „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes Zweifel an meiner Verfassungstreue bestünden und ich mich zu einem Anhörungsgespräch einfinden solle.

Folgendes wurde mir vorgeworfen: Mitgliedschaft und aktive Betätigung in der DKP, Kandidatur bei Wahlen, außerdem zwei Reisen in die DDR, die ich aber ordnungsgemäß vorher genehmigen ließ. Hier sei angemerkt, daß ich seit über 20 Jahren als Kommunist bekannt bin. Weder Vorgesetzte noch Kollegen haben daran Anstoß genommen, nicht einmal die damaligen CSU-

Postminister Schubert, Dollinger und Stücklen. Somit erweist sich Postminister Gscheidle als noch undemokratischer als selbst Minister der CSU.

Seit August 1977 dreht sich die Mühle von Anhörungen, Voruntersuchungen, Ankündigung eines Disziplinarverfahrens, Strafversetzung und zwei Tage vor Weihnachten vergangenen Jahres dann die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens — durch Postminister Gscheidle persönlich verfügt und als Geheimsache eingestuft. Das Verfahren wurde eröffnet, trotzdem mir in der Voruntersuchung keine verfassungsfeindliche Tätigkeit nachgewiesen werden konnte.

Gegen das Verfahren erhob sich vielfältiger Protest im In- und Ausland.

Das Disziplinargericht setzte das Verfahren vorläufig aus und forderte den Disziplinaranwalt auf, beweiskräftigere Anschuldigungen vorzulegen.

Der Bundesdisziplinaranwalt beabsichtigt, die Mitgliedschaft in der DKP, einer nicht verbotenen Partei, als schweres Dienstvergehen für einen Beamten auf Lebenszeit gerichtlich festschreiben zu lassen. Ein solches Urteil wäre eine Gefährdung aller Beamten, die sich demokratisch betätigen.

**Als Not am Mann
war: keine
Sicherheitsbedenken**

werden. Mit Dank möchte ich vermerken, daß die Jungsozialisten und viele Mitglieder der SPD sowie das Mitglied des Bundestags, Conradi, mich unterstützten und gegen diese Einschränkung des Grundgesetzes protestierten.

So schrieb der Stuttgarter Kreisvorstand der Jungsozialisten am Minister Gscheidle: „Hans Peter werden also nicht dienstliche Vergehen vorgeworfen, sondern seine politische Gesinnung ist Anlaß für ein Disziplinarverfahren. Damit wird in einer beklemmenden Art und Weise deutlich, wie weit unter Ihrer Regie dieses Ministerium zu einem Gesinnungs- und Überwachungsverein umfunktioniert wurde.“

Ich möchte euch nicht verhehlen, daß diese breite Solidarität und Unterstützung durch meine Kollegen mir Mut gemacht hat und hilft, diese Auseinandersetzung durchzustehen.

Berufsverbote richten sich immer mehr auch gegen grundlegende gewerkschaftliche Forderungen. So wurde in mehreren Gerichtsurteilen die Ablehnung der Bewerber auch mit ihrem Bekenntnis zu gewerkschaftlichen Forderungen begründet. Dies ist ein alarmierender Beweis, daß Berufsverbote schon heute gewerkschaftliche Forderungen kriminalisieren und die Gewerkschaften bedrohen.

Deshalb ist der Kampf gegen die Berufsverbote Aufgabe aller Demokraten und Gewerkschafter. Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis die Berufsverbote vom Tisch sind und die Rechte aller Betroffenen wiederhergestellt sind.

Dies ist nicht das einzige widerspruchsvolle Verhalten. So mußte ich wegen der Erkrankung eines Kollegen zusätzlich 15 Monate lang die anderen Aufgaben der Entstörungsstelle mit beaufsichtigen. Obwohl schon damals die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes vorlagen. Zu diesem Zeitpunkt hatte man keine Sicherheitsbedenken.

Diese Doppelbelastung ist bei der Post in solchen Fällen üblich. Trotz eines Ministers, der einmal Gewerkschaftsführer war. Die jüngste Haltung des Postministers Gscheidle, der den Personalbestand der Post auf 450 000 Bedienstete festzuschreiben wollte, obwohl nachweisbar 10 000 mehr gebraucht werden, und der diese Absicht erst nach heftigen Protesten fallen ließ, läßt klar erkennen, daß der Minister Unternehmerpositionen vertritt.

Diese kurze Schilderung meines Falles und die Handlungsweise des Ministers und damit auch der Bundesregierung zeigen, daß alles Gerede von einer angeblichen Liberalisierung der Berufsverbotspraxis Unsinn ist, daß die Berufsverbote von der SPD-geführten Bundesregierung in voller Härte weiter verfolgt werden und daß Demokraten durch Vernichtung ihrer beruflichen Existenz mundtot gemacht werden sollen. Gesellschaftliche Alternativen, sozialistische Vorstellungen, Forderungen der arbeitenden Bevölkerung sollen abgeblockt werden, das Grundgesetz und die Grundrechte eingeschränkt